

**Rede der Vorsitzenden
der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen**

Hannelore Kraft MdL

anlässlich der Debatte über die Regierungserklärung

am Mittwoch, 14. November 2007,

Landtag NRW, Düsseldorf

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,
Herr Ministerpräsident,

Sie sollten Ihre Personalpolitik noch einmal überdenken. Immer mehr Redenschreiber führen offensichtlich zu immer längeren Reden mit immer weniger Inhalten, mit mehr Fragen als Antworten.

Herr Ministerpräsident, wenn das der Inhalt, das Drehbuch Ihrer Politik für die nächsten Jahre ist, dann - da bin ich mir sicher - wird das Publikum Ihr Stück vom Spielplan absetzen. Keine Perspektiven, nur warme Worte, das ist Flucht aus der Verantwortung, das ist Abschied aus der politischen Gestaltung, was wir hier heute erlebt haben. Statt dessen Symbolpolitik und Inszenierung bis hin zu den "standing-ovations" der regierungstragenden Fraktionen. Aber, meine Damen und Herren, aber, Herr Ministerpräsident, es reicht nicht, virtuell Politik zu inszenieren. Die Bürgerinnen und Bürger wollen mehr als second-live aus der Staatskanzlei. In Ihrer Regierungserklärung habe ich wenig substantiell Neues gefunden. Eine neue Einrichtung zur Bündelung der Gesundheitswirtschaft nach dem Vorbild der USA, da habe ich meine Bedenken, warten wir einmal ab. Ich empfehle den Film von Michael Moore über das Gesundheitssystem der USA. Ein Konzept wurde angekündigt zum Zusammenhalt der Generationen "Gemeinsam statt einsam", das Ziel, trotz Demografie mehr Wachstum, wurde propagiert, mit drei ganz markanten Forderungen. Durch den Einsatz neuer Technologien soll die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Das ist etwas völlig Neues. Die Erwerbsquote soll gesteigert werden - bei demographischem Wandel nichts Ungewöhnliches als Strategie - allerdings wollen Sie über die Frauenerwerbsquote gehen. Herr Stahl, das Betreuungsgeld passt da nicht hinein, fürchte ich. Das passt überhaupt nicht zusammen.

Aber der dritte Punkt in diesem Konzept, den fand ich ja allerliebste. Wir müssen unsere Wirtschaft weiter globalisieren. Herr Ministerpräsident, von einem ehemaligen Zukunftsminister hätte ich hier mehr erwartet. Das sage ich ganz offen.

Neben diesen wenig konkreten neuen Teilen kann ich drei Rubriken in der Regierungserklärung ausmachen:

Erstens: Ich habe die Rubrik genannt "Schmücken mit fremden Federn". Wie haben Sie gesagt, ich zitiere: "Wir werden die Wirtschaftspolitik auf Leitmärkte und zentrale Technologiefelder konzentrieren." Herr Ministerpräsident, tun Sie doch nicht so, als hätten Sie die Clusterpolitik erfunden. Nein, wir haben die richtigen Weichen gestellt, wir haben Schwerpunkte angelegt und systematisch entwickelt. Das ist Verdienst von rot und rot/grün in diesem Land. Alle diese Cluster - der Logport, die Logistik, die Gesundheitswirtschaft, alles das haben wir entwickelt. Sie müssen mal nachlesen, wenn Sie zu der Zeit noch nicht dabei waren, Herr Kollege. Und dann tun Sie auch noch so, das setzt dem ganzen die Krone auf, dann tun Sie auch noch so, als hätten Sie den Logport entwickelt, aus der Taufe gehoben. Das ist ja schon peinlich, was wir hier lesen müssen in diesen Unterlagen. Und, Herr Minister Pinkwart, wenn der Ministerpräsident das Hochschulfreiheitsgesetz mit den Erfolgen der Exzellenzinitiative in Verbindung bringt, dann ist das schlicht und einfach dreist. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Fremde Federn aber auch im Bereich Verkehr. 1,14 Milliarden Mehrinvestitionen im Bereich Verkehr. Ja, aber dann sagen Sie auch dazu, dass mehr als eine Milliarde davon vom Bund kommt. Das ist korrekt und richtig. Und auch die Re-Naturierung der Emscher als sehr sinnvolles Projekt haben nicht Sie angestoßen. Statt politischer Produktpiraterie wäre es doch besser, sie würden es eine Nummer kleiner machen. Genießen Sie doch lieber stillschweigend die Früchte, die von den Bäumen jetzt auf Sie herunterfallen, die wir damals angepflanzt haben. Machen Sie es doch stillschweigend, Herr Ministerpräsident.

Ja, Sie sind bei 117 Milliarden Schulden, das sollten Sie jetzt nicht so laut erwähnen, Herr Kollege. Vorsicht, Vorsicht. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Da komme ich gleich noch drauf.

Zweite Rubrik: Viele warme Worte. Hier versuchen Sie, Politik umzuetikettieren, Sie verändern schlichtweg das "wording". Früher hieß es, "Sozial ist, was Arbeit schafft". Dann haben wir unser Konzept der guten Arbeit dagegen gestellt. Heute sagen Sie, ich zitiere: "Es ist ungerecht, wenn jemand, der voll arbeitet, von seinem Lohn nicht leben kann." Herr Ministerpräsident, das stimmt. Aber Arbeit hat auch was mit Würde zu tun. Und weil es mit Würde zu tun hat, sind wir und bleiben wir als SPD Kämpfer und Verfechter für den Mindestlohn. Denn das ist das bessere Konzept, Herr Ministerpräsident.

Der Unterschied liegt doch auf der Hand. Beim Kombilohn zahlt der Staat, zahlen die Steuerzahler, beim Mindestlohn zahlen die Arbeitgeber. Und wenn Sie das ernst meinen würden, dann lassen Sie uns doch gemeinsam vorgehen, gegen das, was da im Postbereich gerade passiert. Es ist doch ein Unding, dass wir in Deutschland 800.000 Menschen haben, die Aufstocker bei Hartz IV sind, die von Ihrer Hände Arbeit sich eben nicht ernähren können. Lassen Sie uns doch die Mindestlöhne dagegensetzen, damit genau das nicht mehr geschieht. Denn wenn wir im Moment Aufstocker haben, wenn sie zu Hartz IV gehen und sich das Geld holen, dann ist das eine Perversion unserer Wirtschaft, was da stattfindet. Denn wir zahlen die Gewinne dieser Unternehmen im Postsektor. Das ist das, was da passiert.

Aber, Herr Ministerpräsident, dass Sie das alles gar nicht ernst meinen, das wissen wir spätestens, seit Sie das Tariftreuegesetz abgeschafft haben, das Ihr Kollege Koch gerade einführt, Herr Ministerpräsident. Und wenn Sie es ernst meinen, dann unterstützen Sie doch unseren Kampf gegen die Auswüchse bei der Leih- und Zeitarbeit. Das ist das, was den Menschen in diesem Land, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, unter den Nägeln brennt. Sie singen das hohe Lied auf die Sozialpartnerschaft zur Bekämpfung von Lohndumping. Ist das ernst gemeint? Beim Postmindestlohn, da fehlte Ihr gewichtiges Wort in Berlin.

Wo wir gerade bei Berlin sind. Verlängerung von Arbeitslosengeld I. Es ist gut, dass Sie das Plakat von gestern bis heute weggeräumt haben. Das ist gut. Aber Ihr Redebeitrag zeigt ja, Sie haben es immer noch nicht verstanden - ich weiß, Sie waren ja nicht dabei - aber die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I geht eben nicht nach Beitragsjahr, sondern es geht Gott sei Dank nach Alter, und das haben wir durchgesetzt in diesen Verhandlungen, Herr Ministerpräsident.

Kommen wir zur dritten Rubrik: Dem Versuch, Ihre wahre Politik zu verschleiern. Wir haben weniger Schulden, haben Sie gesagt. Herr Ministerpräsident, dank stark steigender Steuereinnahmen gelingt es Ihnen, die Neuverschuldung abzusinken. Das ist gut so, auch wenn Sie nicht - wie versprochen - alle Steuermehreinnahmen in den Schuldenabbau stecken. Aber wir halten noch mal an dieser Stelle fest: Die Schulden sind in Ihrer Regierungszeit angewachsen, von 110 auf 117 Milliarden - das ist und bleibt dank Ihrer Regierungszeit. "Politik verschleiern", da ist interessant, was Sie dann weggelassen haben. Sie haben diesmal weggelassen - Herr Stahl, bin mal gespannt, wie es bei Ihnen wird - diese harten neoliberalen Begriffe: Privat vor Staat, Freiheit vor Gleichheit. Sie haben gemerkt, auch Sie haben inzwischen gemerkt, dass die Gesellschaft ganz woanders ist. Deshalb versuchen Sie jetzt, Ihre Politik zu verschleiern, verwenden diese Begriffe nicht mehr. Aber ich fürchte, Ihre Politik ändert sich deshalb nicht. Etikettenwechsel und Inhalt fortführen, das wäre fatal für unser Land.

Und wenn wir bei den Inhalten sind der ersten Halbzeit Ihrer Regierung, dann bleibe ich dabei: Dass, was wir erleben, ist ein falscher Kurs für Nordrhein-Westfalen. Was wir erlebt haben in den letzten 2 ½ Jahren sind eben keine Reformen, sondern es sind Rückschritte. Ob KiBiz, Schulgesetz, Hochschulgesetz, Studiengebühren, Landespersonalvertretungsgesetz, Gemeindeordnung § 107, Polizeigesetz, was wir erlebt haben ist eine Politik gegen die Kinder und Familien in diesem Land. Eine Politik gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und nicht zuletzt gegen die Kommunen und die Städte und Gemeinden in diesem Land. Das ist Ihre Politik.

Und Sie stehen wie keine Regierung vor Ihnen für eine Durchökonomisierung aller Politikbereiche. Bei Ihnen steht der Markt im Mittelpunkt Ihrer Politik und nicht der Mensch. Und, Herr Ministerpräsident, die Bürgerinnen und Bürger merken das. 300.000 Demonstranten, unzählige Protestnoten, Resolutionen - oft auch unterstützt von Ihren Kolleginnen und Kollegen aus der CDU vor Ort -, Volksinitiativen, all das spricht eine deutliche Sprache. Die Menschen haben verstanden, Sie nicht.

Stattdessen viele große Worte, viel Symbolik, mehr Inszenierungen als Inhalt. Wir erinnern uns: gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit wurde für Sie eine Imagekampagne entworfen. Und dort - ich erinnere mich genau - wurde eine simulierte Bürgerbeteiligung empfohlen. Nach dem Kinderforum wissen wir, was damit gemeint war.

Das schlimme ist, Ihre Neigung zur Inszenierung geht einher mit einer Abschottung von der Wirklichkeit. Sie stellen sich nicht, Sie wagen zu selten den offenen Dialog mit Kritikern. Der Umgang von Regierung und Koalitionsfraktion mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Demonstranten, mit Interessensvertretern und nicht zuletzt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der spricht in den letzten zweieinhalb Jahren Bände, meine Damen und Herren. Gleichzeitig sind Feiern und Preisverleihungen - ich kann gar nicht mehr mitzählen - und Jubiläen ein fester Bestandteil dieser Politikinszenierung. Nordrhein-Westfalen braucht aber gute reale Politik für eine gute Zukunft. Dafür muss man hart arbeiten. Bei Ihnen bleibt vieles liegen, was dringend getan werden müsste. Sie setzen die falschen Prioritäten, Sie haben nicht die Kraft, wirklich Schwerpunkte zu setzen, einen deutlichen Schwerpunkt auch im Haushalt zu setzen, auf die Zukunft, über die Sie so gerne reden - Kinder und Bildung. Hier verliert Nordrhein-Westfalen wertvolle Zeit, Herr Ministerpräsident.

Wir erleben zwar einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung, die Arbeitslosenzahlen gehen zurück, aber leider sind die Zahlen aus der Wirtschaft und vom Arbeitsmarkt in unserem Land nicht so gut wie anderswo. "Die NRW-Konjunktorentwicklung liegt wieder unter dem Bundestrend", meldet ddp am 6. November mit Blick auf den ifo-Index. "Stimmung im Mittelstand leicht eingetrübt", ist das Ergebnis einer Umfrage der WGZ-Bank bei 1500 Mittelständlern.

Getrübte Perspektiven auch auf dem Arbeitsmarkt. Beim Rückgang der Arbeitslosigkeit liegen wir deutlich unter dem westdeutschen Schnitt, und zwar hinter Rheinland-Pfalz und Hessen, aber sogar auch hinter Mecklenburg-Vorpommern. Die Arbeitslosenzahlen sind doppelt so hoch wie in Bayern und Baden-Württemberg, und wir sind immer noch, wie 2005, immer noch auf Platz 9 der Länderstatistik. Es geht aufwärts in Deutschland, darüber sind wir alle froh. Aber wir in NRW laufen Gefahr, in der Konkurrenz der Bundesländer zurückzufallen. Sie wollten sich doch ganz nach oben orientieren, Herr Ministerpräsident. Bayern und Baden-Württemberg führten Sie immer im Munde. Stattdessen dümpelt Nordrhein-Westfalen im Mittelfeld. Ich nehme dazu als Indikator das, was der Bund-Länder-Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder vorgelegt hat. Die Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes real: Dort liegen wir ebenfalls im Vergleich der Bundesländer auf Platz 9. Aber es erstaunt, wer alles vor uns liegt.

(zu Herrn Papke: Nein, die Zuwachsrate Nordrhein-Westfalen ist 2,4, bundesweit 2,8)

Aber das Schlimme ist ja - dass neun vor uns liegen, geht ja noch - aber vor uns liegen, und das hat mich schon berührt, vor uns liegen bei der Zuwachsrates des Bruttoinlandproduktes Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Herr Ministerpräsident, wo sind Ihre Initiativen? Was tun Sie? Sie reden davon (Zitat) "NRW hat aufgeholt". Wo sind denn Ihre Initiativen für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes? Wie sichern Sie konkret den Finanzplatz hier in Düsseldorf? Das, was Sie heute zur West LB und Sparkasse gesagt haben, war wieder mal nichts, keine konkreten Angaben. Wo sind denn Ihre Initiativen für den Strukturwandel in den Kohlerückzugsgebieten? Sie wollen einen Ausstiegsplan, haben Sie heute gesagt. Wir erwarten von Ihnen Konzepte. Herr Ministerpräsident, Sie machen die falsche Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen.

Ihre Wirtschaftsministerin hat ja schon das Ende des Strukturwandels angekündigt, gemeint hat sie das wohl anders: Mit Ihrer Regierung gibt es keine aktive Begleitung des Strukturwandels mehr. Bei Ihnen fließt das Geld nicht mehr dahin, wo es gebraucht wird, sondern dorthin, wo es heute schon starke Strukturen gibt. Herr Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen ist das Industrieland in Deutschland, wo waren denn heute in Ihrer Regierungserklärung Ihre Anstöße, damit unser Land diese Stärke behält, weiterentwickelt. Was ist die Idee für den Standard, außer kreativer Ökonomie habe ich überhaupt noch nichts gehört, Herr Ministerpräsident.

Und Herr Minister Pinkwart, wo bleibt denn die angekündigte Innovationsoffensive? Der Innovationsminister kämpft wohl immer noch darum, das nötige Geld zusammen zu bekommen. Unsere Unterstützung hat er übrigens: Baden-Württemberg zeigt, wer in seinem Land eine starke Wirtschaft aufbauen will über Innovationen, der muss bereit sein, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Die Daten Ihrer Finanzmittel in Ihrem Ressort sprechen eine andere Sprache. Ich habe mir die noch einmal rausgesucht: Wissenschafts-Haushalt gesamt: Von 2005 bis 2008 eine satte Steigerung um 3,4 Prozent. So bringt man ein Land innovativ nicht voran, meine Damen und Herren.

Noch schlimmer als die Konzeptionslosigkeit bei Wirtschaft und Innovation ist für die Zukunft unseres Landes allerdings Ihre falsche Politik für Kinder und Familien. Und wir erinnern auch heute noch einmal daran. Es begann mit dem Haushalt 2006, dem Jahr des Kindes. Es war falsch, dass Sie sich damals geweigert haben, bei der Sparpolitik zu differenzieren und einen politischen und finanziellen Schwerpunkt auf diesen Bereich zu legen. Schlimmer noch, Sie haben gekürzt, massiv gekürzt im Bereich der Kindergärten. Und das, was Sie heute angeblich wieder drauf legen, wiegt immer noch nicht das auf, was Sie damals weggekürzt haben und was jedes Jahr bei den Kindern in unserem Land fehlt. Stattdessen kam es noch schlimmer: Sie haben die Kommunen unter Druck gesetzt, über den Innenminister und die Bezirksregierungen, nach dem Wegfall des Elternbeitragsdefizits-Verfahren haben Sie die Kommunen unter Druck gesetzt, das Defizit weiter zu geben an die Eltern. Das ist Kinder- und Familienpolitik nach Kassenlage. Sie zwingen finanzschwache Gemeinden Beiträge anzuheben und Sie nehmen in Kauf, dass Kinder abgemeldet werden, die dringend die Chance auf Bildung in unseren Kindertagesstätten bräuchten, Herr Ministerpräsident.

Und auch Ihre Politik gegenüber den Kommunen grundsätzlich ist falsch. Sie haben sie zum Sparobjekt und zum Befehlsempfänger degradiert. Sie reden über die Kommunen in einer Art und Weise, die völlig indiskutabel ist. Es handelt sich nicht um Bittgänger, denen man Gnade gewährt. Unsere Kommunen haben einen Anspruch auf eine ausreichende, ihrer Aufgabe entsprechende finanzielle Ausstattung. Und wenn die Steuern kräftiger sprudeln, dann steht ein fester Teil davon auch den Kommunen zu. Denn sie brauchen dieses Geld dringend, um ihre Arbeit vor Ort leisten zu können, da, wo die Menschen den Staat am allerersten erleben. Dort dürfen sie diese Finanzmittel nicht kürzen, Herr Ministerpräsident. Und ihnen dann noch mit der Änderung der Gemeindeordnung, dem Paragraph 107, den Hahn weiter zuzudrehen, ist dann ganz besonders perfide in diesem Politikatalog.

Kommunalisierung ist auch Bestandteil Ihrer Verwaltungsstrukturreform. Sie haben ganz zu Beginn große Ankündigungen gemacht, ganz großes Theater. Seit Donnerstag wissen wir: Glücklose Inszenierung in drei Akten. Erster Akt: Großer Aktionismus. Türschilder der Behörden werden an- und abgeschraubt. Keine Aufgabe, keine Behörde fiel wirklich weg. Symbolpolitik ersetzte Reformpolitik. Es ging um die schnelle Erfolgsmeldung. "Jede Woche ist eine Behörde weggefallen", konnten wir da lesen. Heute haben sie von 124 Behörden gesprochen, die weg sind. Gemeint war wohl, dass Sie jede Woche ein Türschild ausgetauscht haben und dass Sie einfach nur Umbenennungen vorgenommen haben. Zweiter Akt: Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen.

Dagegen spricht zunächst nichts, wenn es fachlich sinnvoll ist und wenn es ein faires Übereinkommen mit den Kommunen gibt. Davon kann aber nicht die Rede sein. Versorgungsverwaltung: dort ist Ihnen nachgewiesen worden, dass Ihre Lösung teurer ist. Abgesehen davon, dass es für diejenigen, die mit der Versorgungsverwaltung zu tun haben, sehr viel beschwerlicher wird. Das ist ein Skandal, was dort passiert. Und festhalten dürfen wir zur Halbzeitbilanz dann auch noch, dass es Ihnen auch nicht gelingt, das Konnexitätsprinzip, das wir hier alle mal gemeinsam verabredet haben, dann in solchen Fällen auch wirklich durchzuhalten. Da bin ich wirklich gespannt, wie Sie mit den Kommunen da weiter klarkommen.

Umweltverwaltung: Hier gab es eine ganz ungewöhnlich breite Übereinstimmung von Umweltverbänden bis zu Chemischen Industrie. Finger weg von der hoch spezialisierten, offensichtlich auch hochgeschätzten Umweltverwaltung. Kommunalisierung wurde hier von allen Experten übereinstimmend abgelehnt. Aber Sie wollen das nicht wahrhaben. Mich erinnert das an einen alten Spruch: "Wenn meine politischen Wunschvorstellungen mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen, um so schlimmer für die Wirklichkeit."

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

am vergangenen Donnerstag war nun der 3. Akt angesagt - Verwaltungsreform. Nein, der wurde nicht mehr aufgeführt, der wurde abgesetzt. Dabei sollte das doch eine Reform sein, mit der kein Stein auf dem anderen bleiben sollte. Kommunal- und Staatsverwaltung sollten miteinander vermischt, die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen sollten zerschlagen und die Bezirksregierungen zusammengelegt werden. Das war nicht irgendein beliebiges Vorhaben der schwarz-gelben Regierung. Nein, das war ein zentrales Reformprojekt im Bereich der Verwaltungsstrukturreform. Es war zu allem Überfluss auch noch - angeblich - die Lösung für die Probleme mit der kommunalen Zusammenarbeit im Ruhrgebiet. Haben Sie eigentlich mit Herrn Lammert darüber telefoniert wie es da jetzt weitergeht? Würde mich doch interessieren! Heute haben Sie ja zu dem Thema hier nichts gesagt, Herr Ministerpräsident. Offensichtlich steht das nicht mehr auf der Agenda.

Ich gehe davon aus, dass das daran liegt, dass Sie offenbar zu gemeinsamen Lösungsansätzen in Ihrer Koalition immer weniger in der Lage sind. Auch wegen massiver Widerstände in den eigenen Reihen: Verwaltungsstrukturreform, KiBiz, - Herr Lindner forderte eine Generalrevision -, Betreuungsgeld - da scherte Herr Stahl aus -, Herr Papke beklagt den präsidentalen Stil des Ministerpräsidenten, die Erklärung von 6 CDU-Abgeordneten zum Landespersonalvertretungsgesetz bei der Verabschiedung und bei der WestLB will die FDP erkennbar auch was anderes als Sie.

Vorläufiger Höhepunkt war dann allerdings pünktlich zur Halbzeit, das was wir hier erleben durften. Ihr Stellvertreter, Herr Minister Pinkwart, löst Ihren Konsens in der Schulpolitik auf. Man gewinnt übrigens den Eindruck, er hat Ihnen bewusst die Show gestohlen, ohne Sie vorab zu informieren. Harmonie geht anders. Es fällt Ihnen erkennbar immer schwerer, die Reihen, die eigenen Reihen geschlossen zu halten.

Herr Minister Pinkwart hat die Reißleine gezogen nach den katastrophalen Umfragewerten im Bereich Bildung. Herr Minister Pinkwart, Sie sind grundsätzlich auf dem richtigen Weg. Übrigens: wie viele CDU-regierte Kommunen und wie viele Bürgerinnen und Bürger. Ich hoffe, dass Sie das ernst gemeint haben mit dem ergebnisoffenen Prozess, den Sie jetzt ja beschränkt auf Ihre Partei dann demnächst angehen wollen. Denn wenn Sie ergebnisoffen - wie wir es getan haben, anderthalb Jahre lang - wenn Sie dort mit Expertinnen und Experten mit Betroffenen ergebnisoffen diskutieren, dann landen Sie beim längeren gemeinsamen Lernen, das haben Sie ja angedeutet. Aber wichtig ist, länger gemeinsam Lernen muss für alle gelten.

Das wird am Ende Ihres Prozesses stehen und dann werden Sie auch bei der Gemeinschaftsschule landen, das sage ich Ihnen voraus, Herr Minister Pinkwart. Eins finde ich bei der Geschichte ganz besonders interessant: Durch diese Verfahrensweise des stellvertretenden Ministerpräsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wurde Ihnen die Rolle der bildungspolitischen Dinosaurier zugewiesen. Und die sind bekanntlich irgendwann ausgestorben. Wie gehen Sie damit um, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU? Das würde uns schon interessieren!

Meine Damen und Herren, auch für uns ist Halbzeit. Wir sind auf klarem Kurs. Neben Attacke, die hier dringend notwendig war, haben wir die Zeit genutzt unsere Positionen zu erarbeiten, zu transportieren und umzusetzen. Wir haben eine klare Strategie und wir sind gut im Zeitplan. Bei Arbeit und Ausbildung haben wir Vieles auf dem Weg gebracht. Mindestlohn, sozialer Arbeitsmarkt, neue Initiativen für mehr Ausbildungsplätze, das Gesamtsystem guter Arbeit. Beste Bildung für alle. Wir sind die einzige der hier versammelten Fraktionen die auf ein Konzept weisen können, dass allumfassend ist von der frühkindlichen Förderung bis zur Weiterbildung bis zur Seniorenbildung.

Wir sind allerdings noch mitten in der Arbeit. Wir sind ja erst in der Hälfte der Legislaturperiode. Wir arbeiten an weiteren konkreten Ansätzen um NRW zu einem noch stärkeren, noch lebenswerterem Land zu machen in dem wirtschaftliche und ökologische Ziele mit den Innovationspotential mit der Kraft, die dieses Land hat, sinnvoll verknüpft werden. Daran arbeiten wir und da werden wir in den nächsten Monaten mit Vorschlägen kommen und auch in den Bereichen, überall wo wir konkret geworden sind, werden Sie in den Umfragen schlechter. Und das werden wir auch liefern im Bereich Wirtschaft, Innovation und Ökologie. Darauf können Sie sich verlassen, Herr Ministerpräsident!

Und nur damit Sie wissen, was Sie noch erwartet auch beim Thema "Sozialer als Zusammenhalt", werden wir unsere Vorstellungen rechtzeitig weiter konkretisieren, noch vor den Wahlen 2009 und 2010. Meine Damen und Herren, wir sind in einem Etappenlauf. Es ist Halbzeit. Da gibt es keine Ligaprotoste. Herr Ministerpräsident - Herr Wüst macht wieder ganz interessante Zwischenrufe, ich hoffe, Sie kommen auch irgendwo an! - Herr Ministerpräsident, Halbzeit. Was wir heute hier gehört haben zeigt deutlich, nach der Halbzeit wollen Sie auf Halten spielen. Das hat Ihre Regierungserklärung gezeigt. Aus Angst vor Fehlpässen sich hinten reinstellen, mauern, und den hauchdünnen Vorsprung zu beteiligen, das mögen die Menschen in diesem Land nicht, da wird man ausgepiffen! Und ich sage vorher: Mit dieser Taktik steigt man ab, Herr Ministerpräsident. Und seien Sie versichert: Wir spielen weiter offensiv. Wir wollen gewinnen und wir werden gewinnen!

Vielen Dank.